

Der polizei- und strafrechtliche Rahmen zur Pirateriebekämpfung

Anna Petrig

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (MPICC)

Piraterie ist bestimmt nicht Somalias schwerwiegendstes Problem. Es ist jedoch symptomatisch für die weitreichenden Konsequenzen des Zusammenbruchs des somalischen Staates und es ist beispielhaft für die zahlreichen rechtlichen Fragen, die durch multilaterale Polizeiaktionen aufgeworfen werden. Alarmiert durch die sprunghafte Zunahme von Piratenangriffen im Golf von Aden und deren wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen, hat der Sicherheitsrat mehrere auf Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen gestützte Resolutionen erlassen. Darin hat der Sicherheitsrat sich das ambitionierte Ziel einer vollständigen Unterdrückung der Piraterie vor der Küste Somalias gesetzt und hat den Einsatz aller erforderlichen Mittel autorisiert. Der Wille, sich des Problems der Piraterie im Golf von Aden anzunehmen, ist klar erkennbar – der rechtliche Rahmen, in dem die Pirateriebekämpfung stattfinden soll, ist gegenwärtig jedoch weniger eindeutig.

Ziel des Forschungsprojektes ist es daher, den zahlreichen rechtlichen Fragenstellungen nachzugehen, die durch die multinationale Polizeiaktion mit dem Ziel der Pirateriebekämpfung im Golf von Aden aufgeworfen werden. Dabei sind folgende Fragen zentral: Inwiefern haben die Resolutionen des Sicherheitsrates den bestehenden Rechtsrahmen in Bezug auf die Zwangsmaßnahmenbefugnis gegen Piraten örtlich und in ihrer Art erweitert bzw. verändert? Welche (menschen-)rechtlichen Schranken sind bei der Verfolgung von Piraten zu beachten? Wem sind eventuelle Menschenrechtsverletzungen im Zuge einer durch die Vereinten Nationen mandatierten multinationalen Polizeiaktion unter Einbeziehung verschiedener Staaten, der EU und der NATO zuzurechnen? Inwiefern kann neben den Menschenrechten das Humanitäre Völkerrecht im Kontext der Pirateriebekämpfung zur Anwendung gelangen? Und schließlich wird der Frage nachgegangen, wie eine Brücke zwischen dem multinationalen und auf internationalem Recht fußenden Polizeieinsatz und der nationalen Strafverfolgung geschlagen werden kann.

Anna Petrig

Anna Petrig initiierte und leitet das Projekt „Sea Piracy“ am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg in Breisgau. Im Rahmen dieses Projektes hat sie unter anderem die bei Oxford University Press erschienene Monographie „Piracy and Armed Robbery at Sea – The Legal Framework for Counter-Piracy Operations in Somalia and in the Gulf of Aden“ ko-autoriert und einen Sammelband zum nationalen Piraterierecht in verschiedenen afrikanischen Staaten herausgegeben.

Vor ihrer Tätigkeit am Max-Planck-Institut arbeitete sie in der Rechtsabteilung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes - IKRK in Genf (Schweiz). Als ehemalige Vize-Präsidentin und langjähriges Vorstandsmitglied der NGO Schweizerische Gesellschaft für Völkerstrafrecht (TRIAL) befasst sie sich zudem mit völkerstrafrechtlichen Fragen. Sie hat an der Universität Freiburg (Schweiz) und an der Université Panthéon-Assas (Frankreich) Rechtswissenschaften studiert und spezialisierte sich in einem LL.M. Studiengang an der Harvard Law School (USA) auf Menschenrechte. Sie verfügt über das Anwaltspatent des Kantons Bern (Schweiz) und ist beim New York Bar (USA) zugelassen.